

Thüringen auf Wohnungssuche: Wird eine Landeswohnungsbaugesellschaft Realität?

Die Suche nach Wohnraum in Thüringen ist angesichts politischer Blockaden und abnehmender Sozialwohnungen eine große Herausforderung.

Erfurt. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Thüringen stellt eine erhebliche Herausforderung für die Bevölkerung dar. Während andere Bundesländer Initiativen zur Schaffung von Landeswohnungsbaugesellschaften ergreifen, bleibt die Diskussion in Thüringen bislang ohne klare politische Unterstützung.

Der Rückgang der Sozialwohnungen in Thüringen

Die Zahl der Sozialwohnungen in Thüringen hat seit 2015 deutlich abgenommen. Ende 2023 waren lediglich 12.535 Sozialwohnungen vorhanden, fast 5.000 weniger als vor acht Jahren. Prognosen deuten darauf hin, dass bis 2030 weitere 6.100 Wohnungen aus der Belegungs- und Mietpreisbindung fallen werden. Um dem Verlust an sozialem Wohnraum entgegenzuwirken, fordert der Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft jährlich mindestens 150 Millionen Euro an Förderungen.

Die Rolle der Landeswohnungsbaugesellschaft

Eine mögliche Lösung für die Wohnungsnot könnte die Gründung einer Landeswohnungsbaugesellschaft (LWG) darstellen, wie sie bereits in anderen Bundesländern erfolgreich umgesetzt wurde. Lisa Vollmer, eine Wissenschaftlerin, die an einer umfassenden Studie zur sozialen Wohnraumversorgung in Thüringen mitwirkte, hebt hervor, dass eine LWG nicht nur zur Schaffung neuer Wohnungen beitragen könnte, sondern auch eine zentrale Planung und Bewirtschaftung ermöglicht, um kosteneffizient zu agieren.

Fehlende politische Willenskraft

Doch die Umsetzung einer LWG scheitert an der fehlenden politischen Mehrheit in Thüringen. Laut einer Sprecherin des Thüringer Infrastrukturministeriums sind keine konkreten Initiativen zur Gründung einer LWG in Sicht. Während in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen aktive Schritte in diese Richtung unternommen werden, fehlt es in Thüringen an einer ähnlichen politischen Entschlossenheit. Infrastrukturministerin Susanna Karawanskij (Linke) äußerte, dass der größte Bedarf an Sozialwohnungen in Städten wie Jena, Erfurt und Weimar besteht, während ländliche Regionen eher den vorhandenen Wohnraum anpassen müssen.

Erfahrungen aus anderen Bundesländern

Erfolgreiche Beispiele aus Bayern und Niedersachsen zeigen jedoch, dass die Gründung einer LWG positive Effekte auf den Wohnungsmarkt haben kann. Die BayernHeim GmbH hat bis Ende 2023 bereits über 6.000 Wohneinheiten realisiert, während die neue WohnRaum Niedersachsen GmbH plant, bis 2028 etwa 1.600 neue Wohnungen zu schaffen. Diese positiven Entwicklungen könnten als Vorbild für Thüringen dienen.

Herausforderungen und Widerstände

Dennoch gibt es auch Bedenken gegenüber der Gründung einer

LWG. Kritiker befürchten, dass die Kosten für Gründung und Betrieb eine erhebliche Belastung für den Landeshaushalt darstellen könnten. Zudem erfordert die Umsetzung eines solchen Projekts ausreichende personelle und administrative Ressourcen. Vollmer betont, dass die Intervention des Staates in den Wohnungsmarkt nicht überall auf Zustimmung stößt.

Der Ausblick auf eine langfristige Lösung

Um den Wohnraummangel in Thüringen effektiv zu bekämpfen, wird ein starker politischer Wille und die Mitwirkung verschiedenster Akteure benötigt. Lisa Vollmer ist überzeugt, dass eine LWG von großer Bedeutung für die langfristige Sicherung des bezahlbaren Wohnraums sein kann. Die Herausforderungen sind groß, aber mit einer koordinierten Anstrengung könnten Lösungen gefunden werden, die positive Auswirkungen auf die Lebensqualität der Thüringer Bürger haben.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de